

II-2777 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG**

Zl. 10.001/27-Parl/81

Wien, am 31. Juli 1981

An die
Parlamentsdirektion

Parlament
1017 W i e n

1271/AB
1981-08-07
zu 1364/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 1364/J-NR/81, betreffend Vorlesungsstreik im Historischen Institut an der Universität Innsbruck, die die Abgeordneten Dr. Neisser und Genossen am 9. Juli 1981 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Um dem immer wieder geäußerten Verlangen nach einer stärkeren Berücksichtigung der Zeitgeschichte im Studium der Geschichte in Österreich Rechnung zu tragen, wurde am 6. Oktober 1978 - ohne einen speziellen Antrag der Universität - die Planstelle eines Ordentlichen Universitätsprofessors an der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck zur Ausschreibung freigegeben. Die Berufungskommission konstituierte sich am 31. Jänner 1979. Aufgrund der großen Zahl der Bewerber (37) wurde auf Ersuchen der Berufungskommission eine Nachfrist bis 20. Dezember 1979 für die Vorlage des Vorschlages gesetzt.

Da gleichzeitig an der rechtmäßigen Zusammensetzung der Berufungskommission Zweifel auftraten, waren mehrere Rückfragen und Erhebungen erforderlich. Die Klärung dieser Frage konnte jedoch im Laufe des Jahres 1979 herbeigeführt werden.

ad 2)

Besetzungsvorschlag:

1. Dr. Detlef JUNKER, Professor und Wissenschaftlicher Rat, Heidelberg;
2. Dr. Hagen SCHULZE, Professor, Berlin;
3. Dr. Rolf STEININGER, Privatdozent und Wissenschaftlicher Ober-rat, Hannover.

ad 3) und 4)

Es ist unzutreffend, daß "der Besetzungsvorschlag nicht behandelt wurde". Vielmehr mußten nach Vorliegen des unvollständigen Besetzungsvorschlages am 14. Dezember 1979 weitere Unterlagen von der Universität Innsbruck angefordert werden. Wie aufgrund der Ende Mai 1980 ergänzend vorgelegten Unterlagen festgestellt werden konnte, befanden sich unter den 37 Bewerbern um die ausgeschriebene Planstelle für einen Ordentlichen Universitätsprofessor für Zeitgeschichte acht qualifizierte österreichische Bewerber (Professoren und Dozenten). Keiner dieser Bewerber wurde jedoch, trotz ihrer mehr als gleichwertigen Qualifikationen, in den Vorschlag aufgenommen.

Das Ordinariat für Zeitgeschichte wurde seinerzeit der Universität Innsbruck insbesondere auch unter Bedachtnahme darauf zugeteilt, daß in Österreich Klage geführt wurde und wird, wonach zu wenig österreichische Zeitgeschichte, insbesondere auch an den Schulen, behandelt werde.

In den beiden letzten Jahrzehnten haben sich in Österreich hervorragende und international anerkannte wissenschaftliche Schulen für Zeitgeschichte entwickelt, die insbesondere mit den Namen der Professoren JEDLICKA, STADLER und WEINZIERL verbunden sind. Hervorragende junge österreichische Wissenschaftler sind aus diesen

- 3 -

Schulen hervorgegangen und haben sich auch zwischenzeitig habilitiert sowie wissenschaftliches Ansehen erlangt. Es war daher unverständlich, daß seitens der zuständigen Berufungskommission an der Universität Innsbruck gegen das ausdrückliche votum separatum der fachzuständigen Professoren der Geschichte an der Universität Innsbruck im Besetzungsvorschlag kein einziger qualifizierter Österreicher enthalten war und ausschließlich deutsche Kandidaten in den Besetzungsvorschlag aufgenommen wurden.

Aufgrund einer Rückfrage wurde dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung überdies auch noch von der Universität mitgeteilt, daß die österreichischen Bewerber vor allem auch deshalb in dem Vorschlag keine Berücksichtigung gefunden hätten, weil ihr wissenschaftlicher Forschungsschwerpunkt sich zu sehr auf "österreichische" Zeitgeschichte beziehe. Eine weitere Kontaktnahme ergab, daß die Berufungskommission nicht gewillt sei, österreichische Kandidaten und Bewerber in ihren Vorschlag aufzunehmen.

Damit wird bedauerlicherweise jüngerer österreichischer wissenschaftlicher Nachwuchs im Fach Zeitgeschichte um eine Chance für eine Berufung auf ein Ordinariat gebracht; dies umso mehr, als angesichts der allgemeinen Hochschulsituation im Ausland Österreicher nur wenig Chancen auf eine Berufung besitzen, weil immer wieder zu verzeichnen ist, daß die Berufungspolitik im Ausland ihre eigenen Staatsangehörigen bevorzugt.

Dies habe ich auch einer Delegation von Studentenvertretern der Geschichte an der Universität Innsbruck am 26. Juni 1981 bei einer Aussprache mitgeteilt.

ad 5)

Aufgrund des Besetzungsvorschlages wurden bereits mit einem im Besetzungsvorschlag enthaltenen Kandidaten Berufungsverhandlungen aufgenommen.

